MAX-PLANCK-INSTITUT FÜR BILDUNGSFORSCHUNG
FORSCHUNGSBEREICH
BILDUNG, ARBEIT UND GESELLSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG

Max-Planck-Institut
für Bildungsforschung
Bibliothek / Info. Dokumentation
Lentzeallee 94, D-14195 Berlin
Tel. 030 / 8 24 06 - 1
E 94 / 1514-17

Arbeitsberichte aus dem Projekt

LEBENSVERLÄUFE UND HISTORISCHER WANDEL
IN DER EHEMALIGEN DDR

Vergleichende Familienforschung: Ehe und Familie in der ehemaligen DDR und der Bundesrepublik Deutschland

Johannes Huinink

Arbeitsbericht 17/1995

LENTZEALLEE 94, D-14195 BERLIN

Das Projekt „Lebensverläufe und historischer Wandel in der ehemaligen DDR" ist Teil des Forschungsprogramms „Lebensverläufe und historischer Wandel" (Leiter Karl Ulrich Mayer).
Die wissenschaftlichen Mitarbeiter des Projekts sind: Johannes Huinink (Leiter), Martin Diewald, Karl Ulrich Mayer, Heike Solga, Annemette Sørensen und Heike Trappe.

Vergleichende Familienforschung: Ehe und Familie in der ehemaligen DDR und der Bundesrepublik Deutschland

Johannes Huinink

Arbeitsbericht 17/1995

10088334

1. Einführung

Die Eheschließung und die Gründung einer eigenen Familie ist zur Zeit in Ostdeutschland offenbar eine sehr riskante Angelegenheit. Der rapide Rückgang der Heiratshäufigkeiten und der Geburtenzahlen seit 1990 ist ein starkes Indiz für diesen Sachverhalt (Zapf/Mau 1993, Münz/Ulrich 1994). Als weitere Erklärung für den rapiden Wandel wird zwar zurecht angeführt, daß man in Ostdeutschland eine rasante Angleichung des Familienverhaltens an westliche Verhaltensmuster beobachten könne. Das Ausmaß der Veränderung nach der Wende ist aber kaum allein damit zu begründen. Es ist unter anderem auch dadurch bedingt, daß viele Frauen und Männer in Ostdeutschland neben aktuellen wirtschaftlichen Belastungen den Verlust eines spezifischen, gesellschaftlichen Kontextes ihrer Lebensorganisation zu bewältigen haben. Dieser war zwar auf der einen Seite restriktiv, bot aber auf der anderen Seite eine hochgradige Absicherung vor Lebensrisiken und trug somit zu relativ verläßlichen biographischen Perspektiven bei. Gerade eine langfristige Perspektivensicherheit ist aber eine wichtige Voraussetzung für Lebensentscheidungen, die dauerhafte Bindungen zur Folge haben (Huinink 1993). Umgekehrt kann man argumentieren, daß gerade die relativ offenen und mit Risiken behafteten Perspektiven von Lebensgestaltung, denen sich Frauen und Männer in der Bundesrepublik typischer Weise gegenübersehen, ein Grund für die derzeit geringe Bereitschaft zu Ehe und Elternschaft darstellen.

In der ehemaligen DDR und der alten BRD haben sich unter den sehr verschiedenen gesellschaftlichen Verhältnissen und politischen Rahmenbedingungen daher auch stark voneinander abweichende Muster der Familienentwicklung etabliert. Mittlerweile ist das schon in einer Reihe von Arbeiten belegt worden (Helwig 1987, Keiser 1992, Schneider 1994, Speigner 1990, Vaskovics et al. 1994). Ein empirischer Vergleich der Familienentwicklung in den beiden Staaten ist also von großem Interesse und hat, so meine These, fast paradigmatischen Charakter.

Das Ziel dieses Beitrags ist es, neben der Darstellung zusätzlicher Informationen zur Familienentwicklung in verschiedenen Geburtsjahrgängen aus Ost- und Westdeutschland, zu zeigen, daß ein solcher Vergleich mit dem Bemühen um eine Erklärung konkreter Unterschiede zwischen den beiden Staaten zu generellen Erkenntnissen über familiales Verhalten von Individuen in modernen Gesellschaften beitragen kann. Dieses werde ich zu belegen versuchen, indem ich zwei ausgewählte empirische Beispiele mit Ergebnissen

differenzierter sozio-demographischer Analysen zur Einbettung familialer Ereignisse in individuelle Lebensverläufe vorstelle und interpretiere. Ich folge dem quantitativen Ansatz der Lebensverlaufsforschung (Mayer 1990).

Zunächst werde ich nun kurz darauf eingehen, wie ein internationaler Vergleich gesellschaftlicher Phänomene und Prozesse sinnvollerweise angelegt sein sollte. Ich werde dann den Ost-West Vergleich zur Familienentwicklung mit zwei theoretischen Prämissen einleiten. Im Anschluß daran werde ich die beiden empirischen Beispiele vorstellen. Ich stütze meine Darstellungen dazu auf retrospektiv angelegte Datensätze zur Erforschung von Lebensverläufen in der ehemaligen DDR und der alten BRD, die unter der Leitung von Karl Ulrich Mayer im Rahmen des Projektverbundes "Lebensverläufe und gesellschaftlicher Wandel" am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung erhoben worden sind (Mayer 1991, Huinink 1992). Die Lebensverlaufsdaten sind in mehreren für die deutsche Wohnbevölkerung repräsentativ angelegten Befragungen während der achtziger Jahre und zu Beginn der neunziger Jahre für verschiedene Geburtsjahrgänge gewonnen worden. Ich werde mich in den Untersuchungen dieses Beitrags auf den Vergleich von je zwei Geburtsjahrgangskohorten in Ost und West beschränken, und zwar für die ostdeutschen Frauen und Männer auf die Geburtsjahrgänge 1939-41 und 1959-61 und für die westdeutschen Frauen und Männer auf die Geburtsjahrgänge 1939-41 und 1954-56. Ich schließe den Beitrag mit einigen allgemeineren Schlußfolgerungen zum Unterschied der Bedeutung von Ehe und Familie für das Leben der Bürger in den beiden ehemaligen deutschen Staaten.

2. Zur Logik vergleichender Familienforschung

Ein internationaler empirischer Vergleich von Strukturen der Familienentwicklung bedarf, im Prinzip genauso wie ein Vergleich aller anderen gesellschaftlichen Phänomene und Prozesse, mehrerer Schritte.

(a) Man muß zunächst eine klare **Fragestellung** formulieren und die **theoretischen Grundlagen und Hypothesen** fixieren, die die Analyse leiten. Die theoretische Bearbeitung des Vergleichs bedarf eines übergreifenden theoretischen Rahmens, etwa eines bestimmten, handlungstheoretisch fundierten Mehrebenenansatzes (Huinink 1993).

(b) Auf der Basis sorgfältig konzeptualisierter, empirischer Erhebungen unterschiedlichster Art sind die Informationen zur Charakterisierung der zu untersuchenden Strukturen in den

verschiedenen Ländern einander im Rahmen **einer erläuternden empirischen Beschreibung und Analyse** gegenüberzustellen. Dabei treten bekanntermaßen zahlreiche Probleme der vergleichenden Darstellung auf, die hier nicht im einzelnen erörtert werden können. Dazu gehört zum Beispiel die Frage unterschiedlicher Definitionen wichtiger Beschreibungsindikatoren in verschiedenen Ländern. Dazu gehört auch die Gefahr der Inkongruenz adäquater Meßstrategien. Möglicherweise sind in verschiedenen Ländern unterschiedliche Indikatoren bezogen auf ein und denselben sozialen Sachverhalt anzuwenden. Umgekehrt können formal identische Meßkonzepte und Meßindikatoren in den jeweiligen kulturellen Kontexten verschiedener Länder eine unterschiedliche Bedeutung haben. Das heißt aber nichts anderes, als daß sie zunächst nur Länder-immanent zu interpretieren sind.

(c) Von großer Bedeutung ist es daher, die empirischen Befunde zu dem untersuchten Phänomen, wie in unserem Fall zur Familienentwicklung, **Länder-immanent** theoretisch zu **interpretieren bzw. zu theoretisch erklären**. Das hat unter Bezug auf die je spezifischen, sich wandelnden sozialen, politischen, ökonomischen und kulturellen Rahmenbedingungen individueller Lebensgestaltung zu geschehen.

(d) Schließlich lassen sich auf der Basis des theoretischen Ansatzes die Ergebnisse aufeinander beziehen und **zwischen den Ländern qualitativ vergleichen**: Es gilt im Prinzip, nicht einfach Unterschiede zwischen Indikatoren darzustellen, sondern die verschiedenen gesellschaftlichen Zusammenhänge und sozialen Prozesse zu erklären. Dabei ist jedes Land im Prinzip als ein Einzelfall zu betrachten. Quantitative Makromodelle des Vergleichs zwischen verschiedenen Ländern, zumal wenn es sich um eine große Anzahl von Untersuchungseinheiten handelt, sind damit gewiß nicht überflüssig. Im Gegenteil geben sie wertvolle Hinweise auf strukturelle Differenzen zwischen den Ländern (Lesthaege 1993). Sie tragen allerdings den länderspezifischen Kontexten und Rahmenbedingungen, die sich im allgemeinen eben nicht auf eher lineare Vergleichsdimensionen zurechtstutzen lassen, nicht in hinreichender Weise Rechnung. Erklärungen internationaler Differenzierungen sind daher kaum möglich. Gerade für den Vergleich zwischen der BRD und der DDR dürfte dieser Sachverhalt besonders deutlich werden.

3. Zum Vergleich der Familienentwicklung in der ehemaligen DDR und der alten Bundesrepublik

3.1 Theoretische Ausgangspositionen

Die Ausgangsthese für den Vergleich zwischen den Prozessen der Familienentwicklung in der ehemaligen DDR und der alten Bundesrepublik ist, daß die charakteristischen Unterschiede in dem Familienverhalten der Menschen in diesen beiden Staaten vor allem auf die Konsequenzen unterschiedlicher sozialer, ökonomischer und sozialpolitischer Rahmenbedingungen für die Lebensgestaltung von Frauen und Männern zurückzuführen sind. Dieses läßt sich häufig aber erst dann nachweisen, wenn man sich nicht allein auf globale, demographische Größen, wie die durchschnittliche Kinderzahl oder die Verteilung der Bevölkerung nach der Lebensform in den verschiedenen Ländern beschränkt, sondern differenzierter die Struktur der Einbettung von Ereignissen der Familienentwicklung in den individuellen Lebensverlauf untersucht.

In die theoretische Begründung der folgenden empirischen Beispiele gehen zwei Prämissen ein, die für sich betrachtet sicherlich hinterfragbar sind, die ich hier aber voraussetzen will:

(a) Sowohl in Ost- wie in Westdeutschland sind familiale Lebensformen, Partnerschaft und Elternschaft, herausragende Lebensziele für die Bevölkerung gewesen, und sie sind es heute noch. Viele empirische Untersuchungen dazu dürften das belegen. So geben laut Wohlfahrtssurvey 1990 für Ostdeutschland und 1988 für Westdeutschland bezogen auf die Familie jeweils über 70% an, sie sei sehr wichtig für sie, Liebe und Zuneigung liegen bei 65% (Weick 1994). Gewünschte Kinderlosigkeit war in beiden deutschen Staaten wenig verbreitet und dürfte bis vor kurzem bei unter 10% der Bevölkerung gelegen haben, wie die Familiensurveys des DJI belegen (Keiser 1992). Quantitative Unterschiede zwischen Ost und West lassen sich zwar ausweisen. Sie fallen aber kaum entscheidend ins Gewicht.

(b) Man muß davon ausgehen, so die zweite theoretische Prämisse, daß die Individuen unter den gegebenen politischen, sozialen, ökonomischen und kulturellen Voraussetzungen versuchen, die Familienbildung, den Familienverlauf und die Organisation ihres familialen Lebens in für sie optimaler Weise mit anderen Lebensbereichen und individuellen Zielen zu vereinbaren. Der mit Partnerschaft und Elternschaft verbundene Wert ist nach der ersten Prämisse grundsätzlicher Natur und daher keineswegs als residuale Größe zu betrachten

(Huinink 1993). Partnerschaft und Elternschaft stellen zentrale Lebensziele dar, bestimmen aber im Allgemeinen nicht allein und nicht für alle Menschen gleichermaßen erstrebenswerte Handlungsoptionen für die individuelle Lebensplanung. Die Relevanz des Strebens nach Partnerschaft und Elternschaft im individuellen Interessengefüge kann in Abhängigkeit von der jeweiligen Lebensphase und unter verschiedenen sozio-ökonomischen Randbedingungen sehr unterschiedlich stark ausgeprägt sein. Familienbezogene Präferenzen können mit anderen Interessen konfligieren, sie können auch mit ihnen konform gehen, so daß sie sich gegenseitig verstärken. Die individuelle Orientierung auf Partnerschaft und Elternschaft ist in ihrer Handlungskonsequenz also nicht unbedingt, nicht immer gleich stark und kann bisweilen auch nicht erfolgreich eingelöst werden. Durch situationsspezifische Umgewichtungen von Handlungspräferenzen können einmal ins Auge gefaßte Vorhaben zur Familienentwicklung völlig aus dem Blick geraten, biologische und "soziale" Altersgrenzen überschritten werden.

Ich gehe theoretisch bei dem Ländervergleich davon aus, daß die Familienentwicklung prinzipiell Gegenstand individuell intentionaler Lebensgestaltung ist. Es gibt daher große Unterschiede bezogen auf ihre lebenverslaufsspezifische Einbettung (Timing), und auch bezogen auf ihre Prävalenz. Denn die Annahme einer intentionalen Lebensplanung impliziert, daß unter verschiedenen ökonomischen, sozialen, politischen und kulturellen Lebensbedingungen sehr unterschiedliche Verläufe auftreten können, die aber für sich alle gleichermaßen einer plausiblen Begründung zugänglich sind. Zudem kann das aggregierte Ergebnis auf der Makroebene durchaus sehr ähnlich sein, obwohl ihm aber völlig verschiedene Prozesse zugrundeliegen. Eine rein makrostrukturelle Analyse reicht im Allgemeinen also nicht aus.

3.2 Erstes empirisches Beispiel: Der Wandel des Verhältnisses zwischen Bildungsbeteiligung und Familienentwicklung

Der Wandel der Beziehung zwischen Ausbildungsbeteiligung, Ausbildungabschluß und Familienentwicklung ist in der ehemaligen DDR und in der alten BRD sehr unterschiedlich, wenn in der Tendenz nicht gar entgegengesetzt verlaufen. Die Unterschiede lassen sich so zusammenfassen: In Westdeutschland ist zwischen den Bildungsgruppen eine zunehmende Diskrepanz im Timing und in der Prävalenz von Ehe und Familiengründung entstanden (Huinink 1993). In der ehemaligen DDR haben sich die Bildungsgruppen dagegen zunehmend

angeglichen. Die Mitglieder aller Bildungsgruppen haben relativ früh eine Partnerschaft, Ehe und Familie gegründet (Dorbritz 1992, Wendt 1993).

In der Abbildung 1 sind die Quartile der Altersverteilung bei der Eheschließung für die Frauen aus je zwei Geburtsjahrgängen oder Kohorten in Ost- und Westdeutschland dargestellt. Ich habe dabei für die alte Bundesrepublik als jüngere Kohorte nicht wie für die ehemalige DDR die Geburtsjahrgänge 1959-61 gewählt, weil die Befragten dieser Kohorte in Westdeutschland zum Befragungszeitpunkt im Jahre 1989 wegen des relativ hohen Alters bei der Familiengründung in Westdeutschland noch etwas zu jung waren.

Die Balken geben in der Abbildung an, bei welchem Alter 50% der Befragten zum ersten Mal geheiratet haben (Median oder 2. Quartil), das Ende der unteren Linie gibt an, bei welchem Alter 25% dieses Ereignis erfahren haben (1. Quartil) und der Endpunkt der oberen Linie gibt das Alter an, zu dem 75% das erste Mal geheiratet haben (3. Quartil). Ich unterscheide vier Bildungsgruppen: Frauen ohne Ausbildung (nur Westdeutschland), Frauen mit Facharbeiterabschluß, Frauen mit einem Meister- bzw. Fachschulabschluß und Hochschulabsolventinnen. Diese Einteilung in Bildungsgruppen stellt einen Kompromiß dar, vor allem die Meister/Fachschülerinnen-Gruppe in Ost und West ist nur bedingt vergleichbar bzw. unterschiedlich heterogen. Dennoch ist die Operationalisierung für die Zwecke dieser Analyse ausreichend. Drei Befunde sind vor allem zu hervorzuheben.

(a) Im Mittel ist das Heiratsalter in Ostdeutschland deutlich niedriger als in Westdeutschland.

(b) Die Differenz der Altersmediane zwischen den Bildungsgruppen in der ehemaligen DDR wird im Vergleich der Kohorten 1939-41 und 1959-61 geringer. Sie ist in den Geburtsjahrgängen 1959-61 nicht mehr signifikant. Vor allem das Heiratsalter bei den Hochschulabsolventinnen der jüngeren Kohorte ist gesunken. Die Frauen der Kohorten 1959-61, die ein Hochschulstudium abgeschlossen haben, heirateten im Schnitt nur etwa ein halbes Jahr später als die Frauen der anderen Bildungsgruppen.

(c) In Westdeutschland nimmt die bildungsspezifische Differenz des Heiratsalters zwischen den Kohorten 1939-41 und 1954-56 deutlich zu: die unteren Bildungsgruppen heirateten in der jüngeren Kohorte früher, die oberen Bildungsgruppen heirateten später.

Ähnliche Trends lassen sich in der DDR und der BRD auch für die Familiengründung mit der Geburt des ersten Kindes belegen, auch wenn hier Altersunterschiede zwischen den

Bildungsgruppen in der DDR signifikant bleiben. Anstelle der Darstellung der Altersmediane betrachte ich bezogen die Elternschaft noch in der Abbildung 2 einen anderen Indikator, die mittlere Kinderzahl der Frauen bis zum Alter 30. Ich beschränke mich in dieser Abbildung auf die Frauen in den jüngeren Kohorten, für Westdeutschland sind das die Geburtsjahrgänge 1954-56 und für Ostdeutschland die Geburtsjahrgänge 1959-61.

In der DDR ist in den Kohorten 1959-61 (im Unterschied zu den älteren Geburtsjahrgängen, die hier nicht dargestellt sind) kein Unterschied in der mittleren Kinderzahl zwischen den Bildungsgruppen vorhanden. In Westdeutschland ist dagegen eine deutliche Abstufung zu erkennen. Diese Unterschiede zwischen den Bildungsgruppen sind zum einen die Folge eines sehr unterschiedlichen Timings der Familiengründung, zum anderen - so muß man vermuten - einem höheren Anteil dauerhaft Kinderloser in den höheren Bildungsgruppen geschuldet.

Die frühe Familiengründung auch bei den Hochschulabsolventinnen in der DDR legt den Verdacht nahe, daß sie schon zu einem größeren Anteil diesen Schritt während der Ausbildung vollzogen haben. Aufschluß darüber gibt die nächste Abbildung 3, die sich wiederum nur auf die ost- und westdeutschen Frauen in den Kohorten 1959-61 bzw. 1954-56 bezieht. Danach heirateten etwa zwei Drittel der ostdeutschen Hochschulabsolventinnen der Geburtsjahrgänge 1959-61 während des Studiums, ein Drittel von ihnen bekam während dieser Phase ihr erstes Kind. Das gilt im übrigen auch für die männlichen Befragen mit Hochschulabschluß. Die Zahlen für Westdeutschland sind erheblich kleiner. Hier heirateten etwa ein Viertel der Hochschulabsolventinnen aus den Kohorten 1954-56 während des Studiums und lediglich etwas mehr als 10% bekamen während dieser Zeit ein erstes Kind.

Die Ergebnisse zeigen, daß die lebenszyklusspezifischen Bedingungen der Familiengründung in den oberen Bildungsgruppen während der achtziger Jahre in der DDR und der BRD sehr unterschiedlich waren. Zugleich waren sie auch zwischen den Bildungsgruppen innerhalb der DDR sher unterschiedlich. Während Hochschulabsolventinnen zu einem beträchtlichen Teil schon während der Ausbildung ihre Familienkarriere begannen, waren die Frauen aus den unteren Bildungsgruppen, vor allem altersbedingt, schon einige Zeit erwerbstätig, als sie diesen Schritt unternahmen. Wie sind diese bisher vorgestellten Befunde systemimmanent zu begründen? Ich nenne einige wesentliche Aspekte und beginne mit dem westdeutschen Fall.

(a) Westdeutsche Frauen in den jüngeren Kohorten achteten darauf, nicht zu früh

langfristige Bindungen mit einer Ehe oder einer Elternschaft einzugehen, weil sie nicht die Basis für eine mittlerweile gesellschaftlich positiv sanktionierte, unabhängige Lebensführung gefährden wollten. Mit Oppenheimers Such-Theorie der Heirat kann man zudem annehmen, daß angesichts der Offenheit zukünftiger Perspektiven des eigenen Lebensverlaufs und des Lebensverlaufs möglicher Partner bzw. Partnerinnen auch eine frühzeitige, institutionalisierte Festlegung, das heißt eine Ehe, nicht mehr sinnvoll bzw. unnötig risikoreich war (Oppenheimer 1988). Das galt umso mehr, als die Trennungskosten bei einer Ehe in Westdeutschland vergleichsweise hoch waren und heute noch sind.

(b) Man konnte in Westdeutschland seit Mitte der siebziger Jahre partnerschaftliches Leben, mit und ohne gemeinsamer Wohnung, relativ problemlos organisieren.

(c) Die sozio-ökonomischen und kulturellen Bedingungen der Ausbildungsphase schlossen eine Elternschaft während der Ausbildung, auch bei Studenten praktisch aus. Die Geburt von Kindern während der Ausbildung führte in vielen Fällen zum Abbruch der Ausbildung.

(d) Auch eine relativ rasche Familiengründung nach dem Abschluß einer Ausbildung, die in früheren Zeiten umso schneller erfolgte, je später die Ausbildung abgeschlossen wurde, war in den höheren Bildungsgruppen immer unattraktiver; denn die Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familie haben bis heute sich kaum substantiell verbessert. Eine individuelle Lösung dieses Problems erweist sich in verschiedener Hinsicht als sehr kostspielig (Huinink 1993). Es lohnt sich also auch für Frauen, zumindest zu warten, bis eine berufliche Situation erreicht ist, wonach der Start in eine Elternschaft die baldige Wiederaufnahme beruflichen Engagements nicht mehr gefährdet. Das kann man aus der Tatsache schließen, daß in der Zeit nach der Ausbildung die Frauen der jüngeren Kohorten offensichtlich in einem mit dem Qualifikationsniveau zunehmendem Maße eine Familiengründung aufschieben.

(e) Eine Ehe mit dem für die Frauen potentiellen Risiko einer kostenträchtigen einseitigen Arbeitsverteilung im Haushalt, wird damit erst recht zweitrangig. Das gilt aber in dem Maße auch für die Männer, als sie eben nicht mehr die Vorteile einer innerpartnerschaftlichen Arbeitsteilung in Anspruch nehmen können, wie es in den traditionellen Regime der bürgerlichen Familie noch fraglos der Fall war.

Man kann zusammenfassen: Junge Frauen und Männer in Westdeutschland suchten sich, soweit möglich, andere, für sie adäquatere, soziale und partnerschaftliche Arrangements als die traditionelle Familienform der älteren Generationen. Der Eintritt in die Elternschaft wurde

aufgeschoben: Heute ist es kein Problem, mit den zur Verfügung stehenden materiellen Mitteln zumal, ein unabhängiges Leben zu gestalten, sich eine eigene Wohnung zu leisten und durchaus partnerschaftlich organisiert in nichtehelichen Lebensgemeinschaften, aber ohne Kinder zu leben. Die Entscheidung für Kinder steht aber erst an, wenn das mit ihnen einhergehende Risiko für die weitere Lebensgestaltung geringer geworden ist, wenn man etabliert ist oder wenn Kinder und Familie doch - und zwar aus verschiedensten Gründen - als ein wesentliches Ziel der individuellen Lebensplanung in der Vordergrund der Entscheidungsprozesse rücken. Dieser Zeitpunkt verschiebt sich drastisch mit steigendem Qualifikationsniveau der Frauen und Männer nach hinten.

Ganz anders hat man für die ehemalige DDR zu argumentieren.

(a) Zunächst ist genau das "Problem" der offenen biographischen Perspektive in der DDR weitaus schwächer ausgeprägt gewesen, die Kosten einer frühen Bindung waren daher auch in den oberen Bildungsgruppen gering. Zudem waren die Kosten einer potentiellen Trennung ebenfalls, auch wenn Kinder vorhanden waren, relativ niedrig. Die lebensverlaufsperspektivische Situation stellte sich den jungen Frauen und Männern in der DDR somit völlig anders dar, als in Westdeutschland.

(b) Die Problematik der Vereinbarkeit von Elternschaft und außerhäuslichem Engagement war auch in Zeiten der Ausbildung entscheidend entschärft. Die sozio-ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen waren ganz andere als in Westdeutschland, womit auch eine kulturelle Umdeutung von Elternschaft in der Ausbildung einhergegangen sein mag. Es gab für Studierende seit 1972 zahlreiche Unterstützungen, die eine Elternschaft während des Studiums zu einer bewältigbaren Aufgabe werden ließen. Dazu gehörten eine einjährige Freistellung vom Studium bzw. der Ausbildung und besondere finanzielle Unterstützungen (Helwig 1984, 1987, Trappe 1994).

(c) Zudem gab es sogar gewisse Anreize für eine Heirat und Elternschaft während des Studiums, ohne die das beschriebene Bild sich kaum erklären ließe. Dazu gehörte der Anspruch auf eine Verbesserung der Wohnsituation von Studenten in Wohnheimen bei einer Heirat und der Geburt eines Kindes, was seit 1973 in einem Gesetz geregelt wurde.
Für die Heirat mag ein anderer Gesichtspunkt ausschlaggebender gewesen sein: Nur wenn man verheiratet war, hatte man nach dem Studium die Gewißheit, an einem Wohnort zusammenleben zu können. Die Gefahr, beruflich nicht am selben Ort eingesetzt zu werden,

war in dieser Bildungsgruppe besonders groß. Dem konnte mit der Heirat begegnet werden. Dieser Sachverhalt wird von den Hochschulabsolventen unter den ostdeutschen Befragten der jüngeren Geburtsjahrgänge auch besonders häufig als Grund für den Zeitpunkt ihrer Heirat genannt (Huinink 1995).

Die Geburt des ersten Kindes während des Studiums war wahrscheinlich auch durch einem zusätzlichen Gesichtspunkt motiviert. Für die spätere Berufstätigkeit war der Start in die Mutterschaft schon während des Studiums durchaus vorteilhaft (Schreier 1986). Ohne mit Betreuungsproblemen für das Kind rechnen zu müssen, konnte man so nach dem Beginn des Berufslebens geburtenbedingte Unterbrechungen der Erwerbstätigkeit vermeiden und potentielle Nachteile für die berufliche Laufbahn minimieren. Hier zeigt sich der Unterschied zu der Situation in Westdeutschland besonders drastisch!

Wir haben gesehen, daß die Frauen und Männer in Ost und West mit ihrer Familienplanung durchaus sensibel auf gesellschaftliche Rahmenbedingungen reagiert haben. Etwas, was man sich für den Westen kaum vorstellen konnte, Elternschaft schon während eines Studiums, gehörte in der ehemaligen DDR gewissermaßen zur Normalität. Sie war so normal, daß diese Verhaltensstrategien ihre stabile Absicherung über sozial geteilte Wertvorstellungen gefunden haben dürften.

3.3 Zweites empirisches Beispiel: Der Wandel des Verhältnisses von Partnerschaft, Ehe und Familiengründung

Der Wandel der Lebensbedingungen bei der Familiengründung verlief in den beiden ehemaligen deutschen Staaten ebenfalls sehr unterschiedlich. Das zeigt die Abbildung 4. Sie beruht auf Schätzungen, die verschiedene Autoren auf der Grundlage amtlicher Daten vorgenommen haben. In der Bundesrepublik haben die Frauen, die in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre und später geboren wurden, sowohl die Familiengründung als auch die Heirat zunehmend aufgeschoben. Im Gegensatz dazu hat sich in der alten DDR das Timing und die Prävalenz der Familiengründung seit dem Jahrgang 1945 kaum verändert. Das gilt auch für die Zeit des Geburtenrückgangs in der DDR, der sich ab Mitte der sechziger Jahre bis Mitte der siebziger Jahre vollzog und, im deutlichen Kontrast zu Westdeutschland, kaum die Geburten erster Kinder betraf (Dorbritz 1993). Zunehmend aufgeschoben wurde in den achtziger Jahren nur die Eheschließung, beginnend etwa mit dem Jahrgang 1957, wenn man

von einem früheren leichten Anstieg absieht. Die dargestellten Schätzungen weisen sogar aus, daß das mittlere Heiratsalter das mittlere Alter bei der Geburt des ersten Kindes in den Geburtsjahrgängen der frühen sechziger Jahre überstieg.

Was bedeutete das für die Lebensform, in der die Eltern bei der Geburt der Kinder lebten, im Vergleich von Ost- und Westdeutschland? Wie in der Abbildung 5 zu erkennen ist, sind vor allem zwei wichtige Befunde zu nennen. Zum einen wurden von den Frauen der jüngeren Kohorte in der DDR sehr viel mehr außereheliche erste Kinder geboren als in Westdeutschland. Das hat sich bei den Frauen und Männern, die im Verlauf der sechziger Jahre geboren wurden nicht geändert. Die Nichtehelichenquote ist bekanntermaßen noch weiter angestiegen. In Westdeutschland, und auch das war in den späteren Geburtsjahrgängen im Vergleich zu der hier ausgewählten Kohorte nicht anders, war der Anteil nichtehelicher Geburten vergleichsweise gering.

Zum anderen lebten in der DDR aber nur wenige junge Mütter bei der Geburt des ersten Kindes nicht mit einem Partner zusammen oder nicht bei den Eltern. Die westdeutschen Frauen lebten bei der Geburt des nichteheliches ersten Kindes dagegen überwiegend allein. Das kann als gesichert gelten, auch wenn in der Abbildung 5 die Frauen aus der alten BRD, die in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft lebten, nicht extra ausgewiesen werden konnten. Ihr Anteil muß, glaubt man der amtlichen Statistik, sehr gering gewesen sein.

Wiederum sollen diese Ergebnisse zunächst länder-immanent begründet werden. Für die DDR lassen sich unter anderem vier Argumente anführen:

(a) Die durchgängig frühe Familiengründung in der DDR war ein wesentlicher Bestandteil des Übergangs ins Erwachsenenalter mit dem Start in ein vom Elternhaus unabhängiges Leben. Sie war eine Voraussetzung für die Chance auf eine eigene Wohnung. Sie war aber auch der selbstverständliche Rahmen, in dem sich in der DDR grundsätzlich privates Leben organisierte (Gysi 1990).

(b) Die Ehe war dabei zuletzt keine Voraussetzung mehr. Sie war auch nicht besonders attraktiv. Die besondere Unterstützung der unverheirateten - aber nicht unbedingt alleinlebenden - Mütter in der DDR ist hierfür ein wichtiger Grund. Für unverheiratete Mütter gab es schon ab dem ersten Kind die Möglichkeit einer bezahlten Freistellung von der Berufstätigkeit bis zu drei Jahren für den Fall, daß sie keinen Krippenplatz für das Kind fanden oder das Kind krippenuntauglich war. Als Bezahlung bekam man das gesetzliche Krankengeld, mindestens aber 250,- DM bei einem Kind. Ähnliches galt für verheiratete

Mütter nicht. Sie konnten in dieser Situation lediglich eine unbezahlte Freistellung in Anspruch nehmen. Alleinstehende Mütter konnten im Fall längerer Krankheiten der Kinder zur deren Betreuung bis zu vier Wochen zu Hause zu bleiben, wobei sie während dieser Zeit Krankengeld (Lohnfortzahlung) erhielten (zwischen 65 und 90 Prozent des Nettoverdienstes). Entsprechende Regelungen gab es für verheiratete Frauen erst ab dem zweiten Kind. Alleinstehende Mütter genossen auch eine Bevorzugung bei der Vergabe von Krippenplätzen (Trappe 1994). Diese Regelungen waren im wesentlichen nur für die Frauen in den unteren Bildungsgruppen von Vorteil. Die Facharbeiterinnen und auch die Fachschulabsolventinnen starteten wegen der kürzeren Ausbildungszeiten relativ früh in den Beruf und konnten hier von den sozialpolitischen Maßnahmen profitieren. Für die Hochschulabsolventinnen traf dieses nicht zu. Sie waren als Mütter im Studium ohnehin ausreichend abgesichert. Unverheiratet zu sein, zahlte sich für sie nicht besonders aus. Damit korrespondierte denn auch, daß es die Mitglieder der unteren Bildungsgruppen waren, die vornehmlich die nichtehelichen Lebensgemeinschaften gründeten. Hochschulabsolventinnen haben dagegen zu einem vergleichsweise geringen Anteil nichteheliche Kinder geboren, wie sich mit den Lebensverlaufsdaten zeigen läßt.

(c) Sicherlich ermöglichte auch die durch die eigene Erwerbstätigkeit erlangte, relative ökonomische Unabhängigkeit den Frauen, auf eine eheliche Absicherung im Fall der Mutterschaft zu verzichten, was ihre Heiratsneigung in den jüngeren Kohorten sinken ließ.

(d) Die Ehe war in der DDR immer ein wichtiger Schlüssel zu einer eigenen Wohnung. Das änderte sich zumindest tendentiell in den achtziger Jahren. In dieser Zeit gab es bessere Zugangsmöglichkeiten zu Wohnraum auch für unverheiratete Personen, vor allem dann, wenn sie ein Kind hatten (Huinink 1995). Das war eine wesentliche Voraussetzung dafür, daß die geringere Orientierung auf eine Ehe, nicht auf eine Familiengründung, auch handlungswirksam werden konnte. Die Strategie der Etablierung einer nichtehelichen familialen Lebensgemeinschaft funktionierte nach unseren Ergebnissen im übrigen vor allem in den Städten. Hier war in den von der Wohnungsbaupolitik vernachlässigten Altbauvierteln genügend "alternativer" Wohnraum verfügbar, der Personen, die keine Dringlichkeitskriterien im Sinne der Wohnungsvergabe erfüllten, den Zugang zu einer eigenen Wohnung ermöglichte (Huinink 1995).

Erst die Geburt des zweiten Kindes war dann für viele der Anlaß für eine Heirat. Der relative Vorteil der nichtehelichen Mutterschaft war dann auch nicht mehr gegeben. Die

Frauen und Männer der jüngsten Kohorte, die ihr erstes Kind in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft mit dem Lebenspartner bzw. der Lebenspartnerin bekommen hatten, waren bei der Geburt des zweiten Kindes fast alle verheiratet.

Eine nichteheliche Elternschaft war in der alten BRD auch im Rahmen einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft kaum eine erstrebenswerte Situation. Dafür lassen sich unter anderen die folgenden Sachverhalte verantwortlich machen:

(a) Bis heute bestehen in der Bundesrepublik die Probleme in Bezug auf die Sorgerechtsregelung, nach der die Väter von nichtehelichen Kindern stark benachteiligt werden.

(b) Wenn schon ein frühes Kind ohnehin immer weniger attraktiv war - siehe die vorangehende Argumentation - so ein nichteheliches ganz besonders. In diesem Fall war die materielle Absicherung der Frauen, beugten sie sich den spezifischen Problemen der Vereinbarkeit von Elternschaft und Erwerbstätigkeit in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft und gaben sie den Beruf auf, mit einem sehr hohen Risiko behaftet. Es gab und gibt keine hinreichenden rechtlichen Absicherungen für den Fall einer Trennung.

(c) Die Lage unverheirateter, und häufig dann auch alleinstehender Mütter in der Bundesrepublik war und ist besonders prekär. Sie gehören zu der Bevölkerungsgruppe mit den höchsten Armutsquoten (Statistisches Bundesamt 1994).

Zusammenfassend muß man daher festhalten: Die frühe Familiengründung - mit oder ohne Ehe - war in der DDR ein zentrales Moment des Übergangs in ein vom Elternhaus unabhängiges Leben. Sie stand hier bis zuletzt außer Frage, der institutionelle Rahmen der Ehe war dabei seit den späten siebziger Jahren für viele aber zunächst zweitrangig. Angesichts relativ sicherer und übersichtlicher Lebensperspektiven war die frühzeitige Elternschaft einerseits relativ risikolos. Familie war andererseits die politisch unterstützte und sozial sanktionierte Art und Weise privater Lebensorganisation. In Westdeutschland bedeutete dagegen nicht nur eine frühe Ehe, sondern ganz besonders eine frühe Familiengründung eine Gefahr für zukünftige, vergleichsweise offene und mit Risiken behaftete Lebensperspektiven.

Die nichtehelichen Lebensgemeinschaften in beiden deutschen Staaten haben daher einen sehr unterschiedlichen Charakter besessen: in der ehemaligen DDR waren sie zu einem großen Teil Äquivalente zu jungen ehelichen Familien, in der alten Bundesrepublik waren sie fast ausschließlich Äquivalente zu jungen kinderlosen Ehen. Etwas mehr als die Hälfte der Frauen

und Männer des Geburtsjahrgangs 1959-61 haben in der DDR vor einer Ehe mindestens zwei Monate nichtehelich zusammengelebt. Von allen Personen, die - meist nur einmal - ledig in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft lebten, hatten die Hälfte früher oder später während dieser Zeit ein Kind. Knapp 40% der Befragten aus der Kohorte 1959-61, die vor einer Ehe in einer Lebensgemeinschaft lebten, wurden dagegen erst dann Eltern, nachdem sie geheiratet hatten. Das war das Muster, das man bislang ganz überwiegend in Westdeutschland vorfinden konnte.

Ergänzend sei anhand der Abbildung 6 noch einmal illustriert, wie in Ostdeutschland unverheiratete Frauen und Männer lebten und umgekehrt, welchen Charakter nichteheliche Lebensgemeinschaften in der DDR hatten. Die Abbildung zeigt die Verteilung nicht-verheirateter Frauen und Männer der Geburtsjahrgänge 1959-61 nach Lebensformen in verschiedenen Altersstufen. Über den jeweiligen Säulen sind die prozentualen Anteile dieser Gruppe der Unverheirateten an allen Befragten der Kohorte 1959-61 angegeben. Die Anteile gehen mit dem Alter stark zurück.

Im Alter 25 finden wir unter den nichtverheirateten Frauen nur einen kleinen Anteil alleinstehender Mütter (schwarzer Block). Fast die Hälfte dieser Frauen war geschieden. Bezogen auf alle Frauen dieser Kohorte machten sie nur 5% aus. Unverheiratete Mütter lebten vor allem in nichtehelichen Partnerschaften (oberer heller Block, 9% aller Frauen). Davon waren in diesem Alter lediglich ein Viertel schon einmal verheiratet gewesen und mittlerweile geschieden. Die Bedeutung der nichtehelichen Lebensgemeinschaft vor allem als Familie mit Kindern blieb auch im Alter 30 noch bestehen (7% aller Frauen). Etwa die Hälfte der Frauen, die in dieser Lebensform lebten, war nun geschieden.

Ein nicht unbeträchtlicher Teil alleinstehender Mütter lebte auch in Haushalten mit anderen Personen, wobei die Minderheit bei den Eltern wohnte. Bemerkenswert ist aber der Befund, daß alleinlebende Mütter insgesamt nur eine kleine Minderheit darstellten. Im Alter 30 machte diese Gruppe nur einen Anteil 4% aller Frauen aus. Drei Viertel von diesen alleinlebenden Müttern waren geschiedene Frauen. Alleinlebende Frauen ohne Kinder fanden sich unter den Befragten in allen Altersstufen nur zu einem verschwindend kleinen Anteil. Die alleinlebenden Männer lebten im Alter 30 dagegen weitgehend ohne Kinder. Ein relativ großer Teil kinderloser Männer lebte zu diesem Zeitpunkt noch bei den Eltern oder mit anderen Personen in einem Haushalt zusammen. Unverheiratete Väter findet man aber ebenfalls am häufigsten in den nichtehelichen Lebensgemeinschaften.

Auch der Kohortenvergleich, der hier nicht im einzelnen dargestellt werden konnte, zeigt: Das Alleinleben hat in der DDR bis zuletzt eine relativ geringe Rolle gespielt. Bei den Frauen gab es einen kleinen Anteil vor allem geschiedener Mütter, die in dieser Lebensform lebten, bei den Männern hat sich die Zahl Alleinlebender in der jüngsten Kohorte im Alter 30 auf etwa 8% erhöht.

In der alten BRD ist die Zahl Alleinlebender unter den jungen Menschen stark gestiegen und lag 1990 in der Altersgruppe der 25 bis 35 Jährigen Frauen bzw. Männer bei 15 bzw. 22%. Ihr Anteil war also bedeutend höher als in der ehemaligen DDR (Weick 1994). Die nichtehelichen Lebensgemeinschaften blieben in der BRD überwiegend kinderlos, im Jahr 1990 lebten in etwa nur 8% der nichtehelichen Lebensgemeinschaften von Frauen, die zwischen 18 und 36 Jahre alt waren, Kinder. Die wachsende Zahl unverheirateter Mütter lebten in Westdeutschland überwiegend allein, laut Mikrozensus 1985 etwa zu 80% (Neubauer 1988).

4. Schlußfolgerungen: Die Bedeutung der Familie im Spannungsfeld zwischen Individuum und Gesellschaft

Die Bedeutung der Familie im Spannungsfeld zwischen Individuum und Gesellschaft ist nur sehr schwer vergleichend zwischen der DDR und der alten BRD zu beurteilen. Sicher ist, daß Partnerschaft und Elternschaft in beiden ehemaligen deutschen Staaten eine wichtige Rolle in der Lebensplanung der meisten Menschen gespielt hat. Sicher ist auch, daß vor allem die Elternschaft und damit familiales Leben mit Kindern einen unterschiedlichen Stellenwert in beiden Ländern hatte.

In der DDR wie in der Bundesrepublik bedurfte es nicht mehr der Familie, eine Absicherung der zukünftige Lebensgrundlagen zu gewährleisten. Die Sozialpolitik in beiden Ländern war dafür verantwortlich, in der DDR vielleicht in noch größerem Ausmaß als in der alten BRD. In der DDR war der Zugang zu einer Reihe von öffentlichen Gütern jedoch bis zuletzt eng mit der Familiengründung verbunden, wie das Beispiel der eigenen Wohnung zeigt. Die Partizipation der Frauen am Erwerbsleben und die Möglichkeiten der Lebensgestaltung insgesamt waren hier zudem durch eine Familie nicht gefährdet, solange diese nicht zu groß war und organisatorisch "handhabbar" blieb. Dabei spielte der institutionelle Rahmen der Ehe insgesmat eine abnehmende Rolle.

In Westdeutschland wurde der Zugang zu erstrebenswerten Gütern, Erwerbschancen von Frauen und Möglichkeiten der Lebensgestaltung immer mehr durch Elternschaft behindert, die Normalität gewann hier eine ganz andere Ausrichtung: Der frühe Einstieg in die Elternschaft wurde zu einem außergewöhnlichen Ereignis und recht kostenträchtig. Die institutionelle Bedeutung der Ehe für die Elternschaft blieb im Westen aber erhalten.

Es wird immer wieder behauptet, daß die Familie in der DDR mehr als in der alten BRD, der zentrale Ausgangspunkt, der Solidaritätskern für die Pflege und Nutzung der wichtigen informellen Strukturen gewesen sei. Sie half, so diese Meinung, den jüngeren und älteren Menschen, den öffentlichen Zumutungen zwar formal zu genügen, ihnen aber subjektiv zu widerstehen und sie gar zu unterlaufen (Gysi 1990). Trotz des erheblichen öffentlichen Interesses an der Familie, war sie kaum von Seiten des Staates instrumentalisierbar (vgl. dagegen Schneider 1994), sondern bot eher die Ausgangsbasis zur Instrumentalisierung staatlicher Leistungen. Das heißt nicht, daß sich enge persönliche Beziehungen auf sie beschränkt hätten, wie Untersuchungen in unserem Projekt zeigen (Diewald 1994). Doch war die Familie ein ganz wichtiger Bestandteil einer vornehmlich durch persönliche Netzwerke bestimmten Struktur sozialer Beziehungen, eine gemeinschaftlich geteilte Basis einer aktiv gestalteten Gegenstruktur zur öffentlich-politischen Sphäre.

In der alten Bundesrepublik ließ und läßt sich Partnerschaft noch relativ einfach, Elternschaft jedoch nur sehr schwierig, in den alltagsweltlichen Rahmen der Lebenspraxis einordnen, zumal dann, wenn mit ihr die Institutionalisierung der Partnerschaft einhergeht. Was in Westdeutschland immer mehr der individuellen Anstrengung bedurfte, war in der DDR soziales Erfordernis und politisch erwünschtes Verhalten zugleich: Man baute sich seine Beziehungswelt mit ungeteilter Unterstützung des Staates, fand gleichwohl aber Mittel und Wege, den staatlichen Einfluß auf innerfamilialen Gestaltungsprozesse und die daran anknüpfenden informellen Beziehungen gering zu halten. Wo finden wir, so könnte man dann zugegebener Maßen eher plakativ als präzise fragen, dann die "modernere" Familie? Eine Antwort auf diese Frage ist natürlich nicht einfach zu geben. Interpretiert man jedoch die westdeutsche Anstrengung zur Familie als Folge eines fortwährenden Zwangs zu Traditionalität, gibt es durchaus eine Reihe von Argumenten dafür, daß man in der DDR zumindest auf dem Weg zu einer moderneren Gestaltung der Familienentwicklung im Lebensverlauf war.

Abbildung 1: Alter bei der ersten Heirat nach dem Ausbildungsniveau Ostdeutsche Frauen der Kohorten 1939-41 und 1959-61 und westdeutsche Frauen der Kohorten 1939-41 und 1954-56, Altersquartile

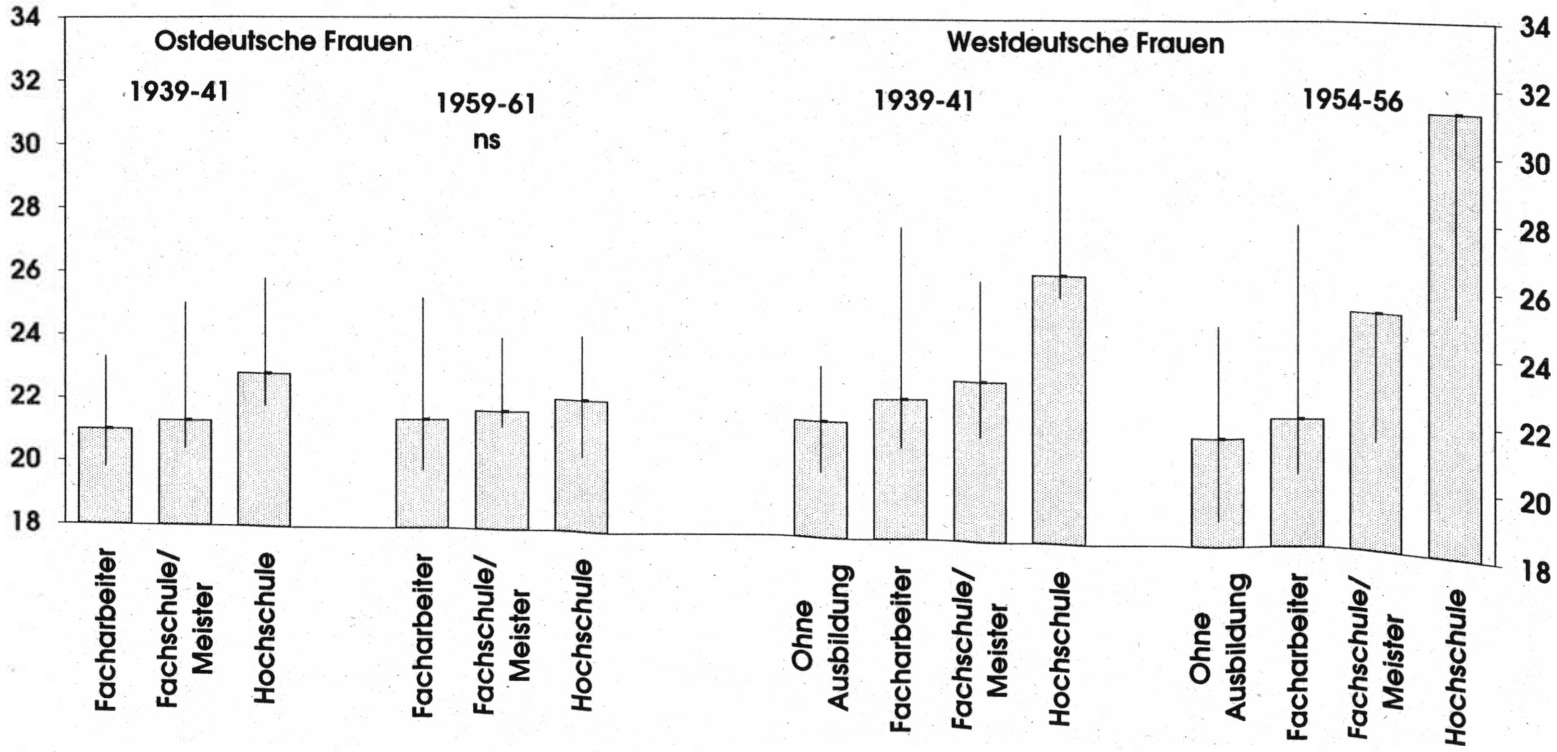
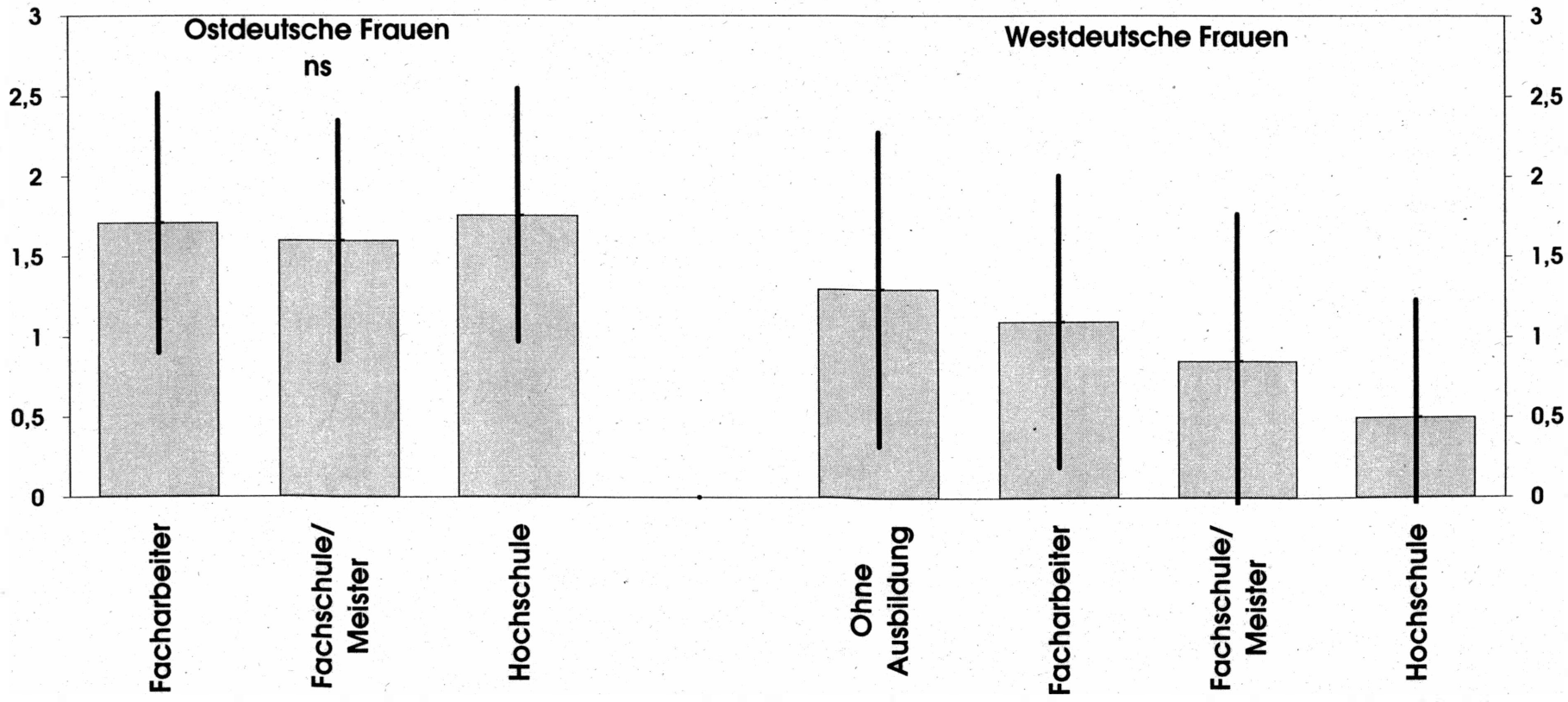
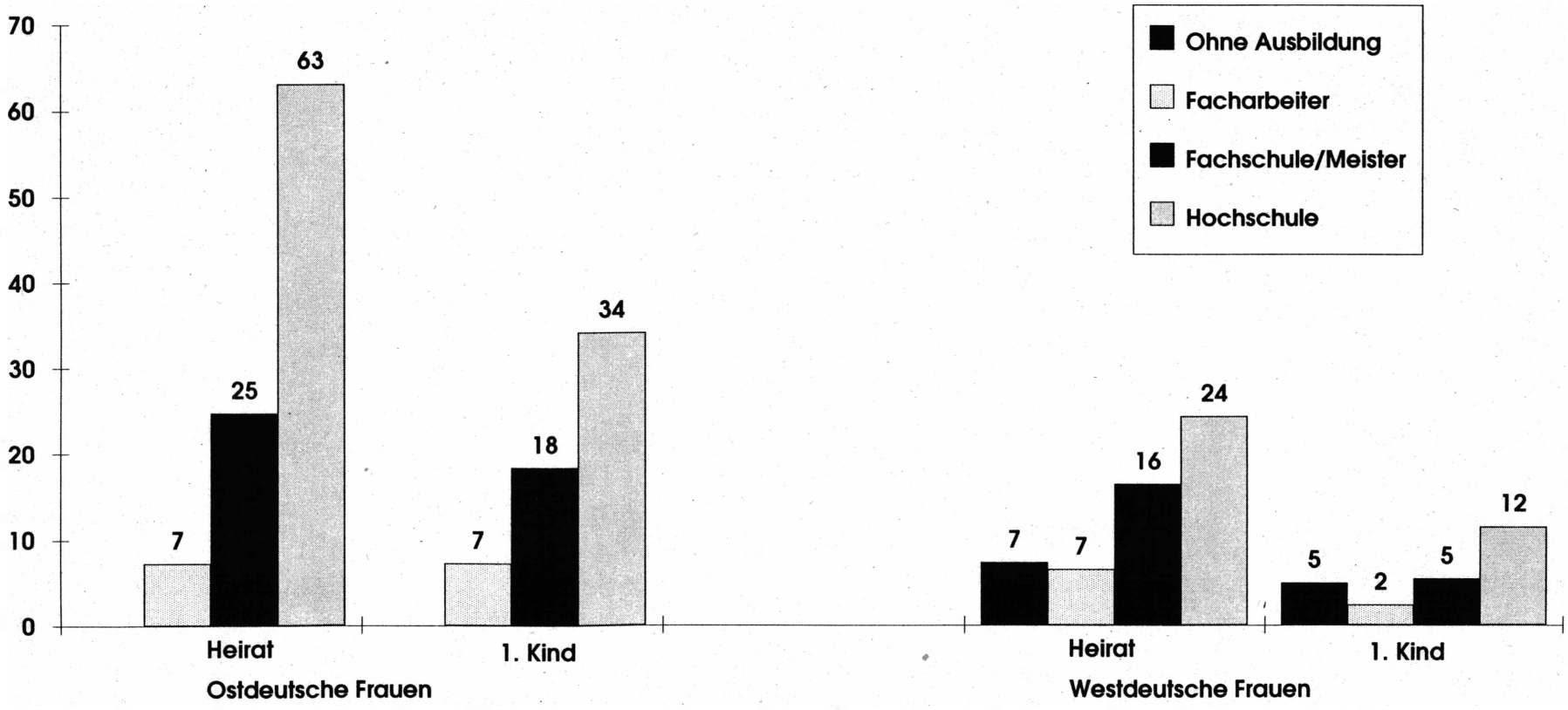


Abbildung 2: Mittlere Kinderzahl im Alter 30
Ostdeutsche Frauen der Kohorten 1959-61 und westdeutsche Frauen der Kohorten 1954-56
nach Ausbildungsniveau



Quelle: Lebensverlaufsstudie, MPIfB

Abbildung 3: Anteile von Frauen mit Heirat bzw. 1. Kind während einer Ausbildung Ostdeutsche Frauen der Kohorten 1959-61 und westdeutsche Frauen der Kohorten 1954-56 nach dem Ausbildungsniveau



Quelle: Lebensverlaufstudie, MPIfB

Abbildung 4: Mittleres Heiratsalter und mittleres Alter bei der Geburt des ersten Kindes von Frauen in Ost- und Westdeutschland
Quelle: Schwarz 1988, Birg/Filip/Floethmann 1990, Speigner 1990

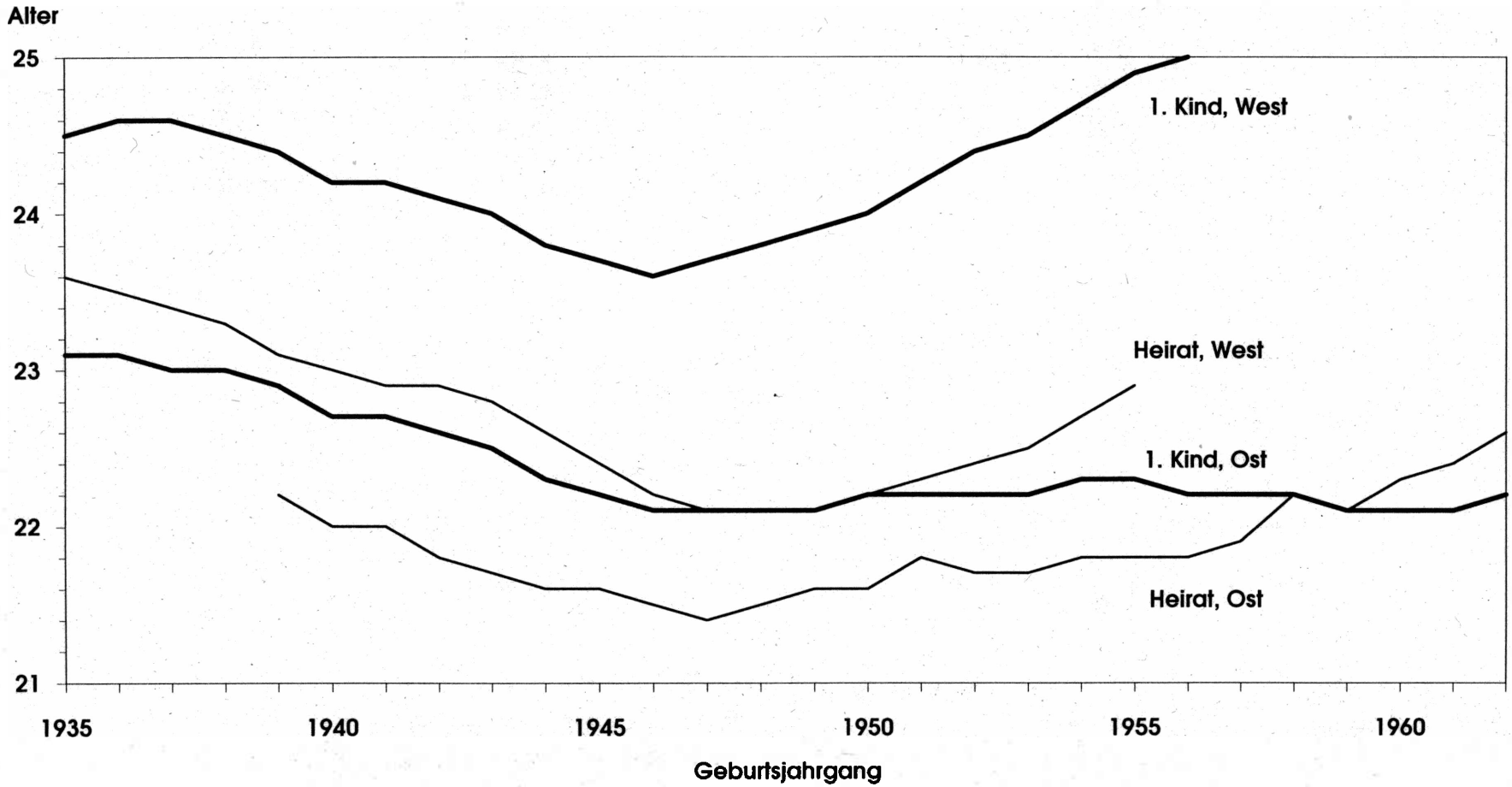
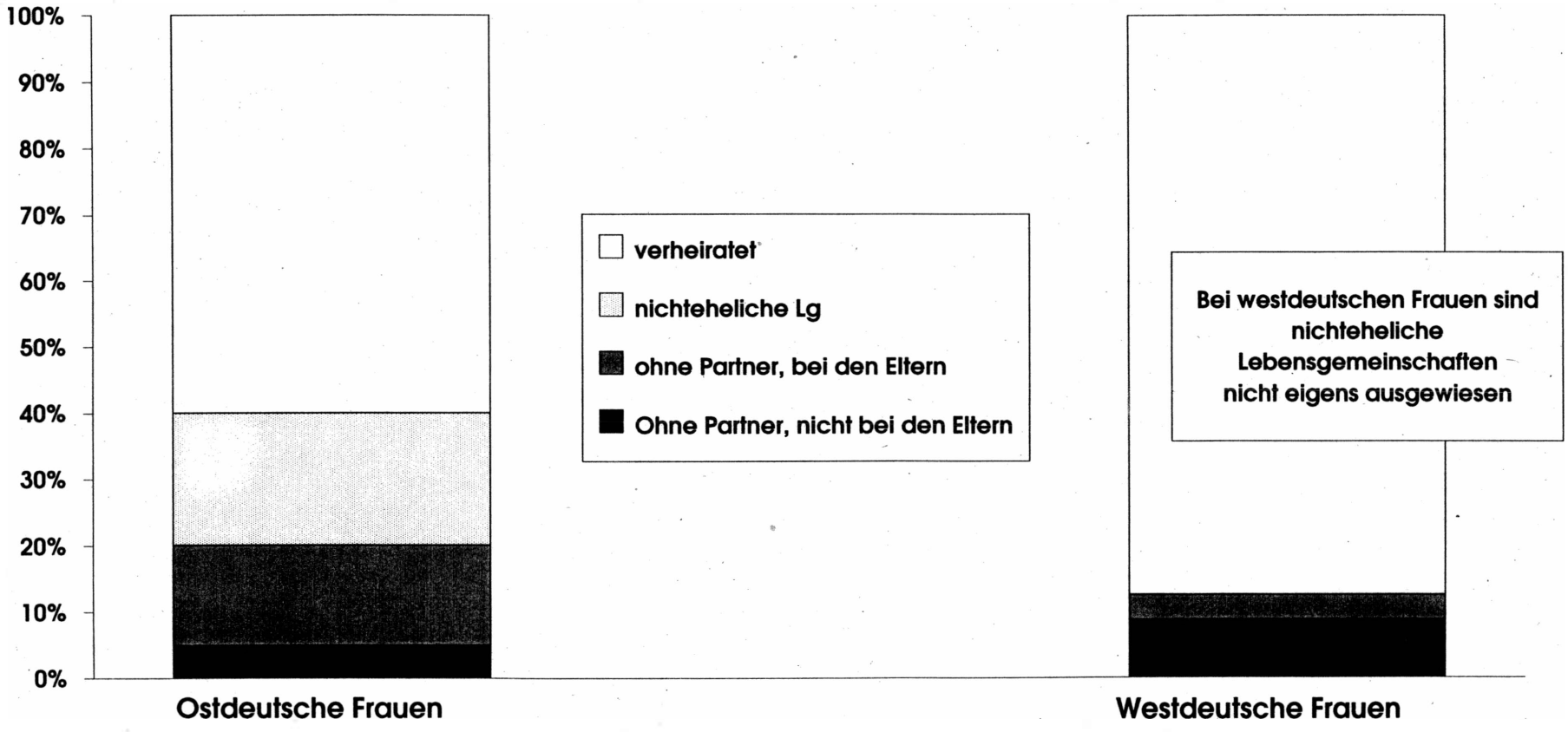
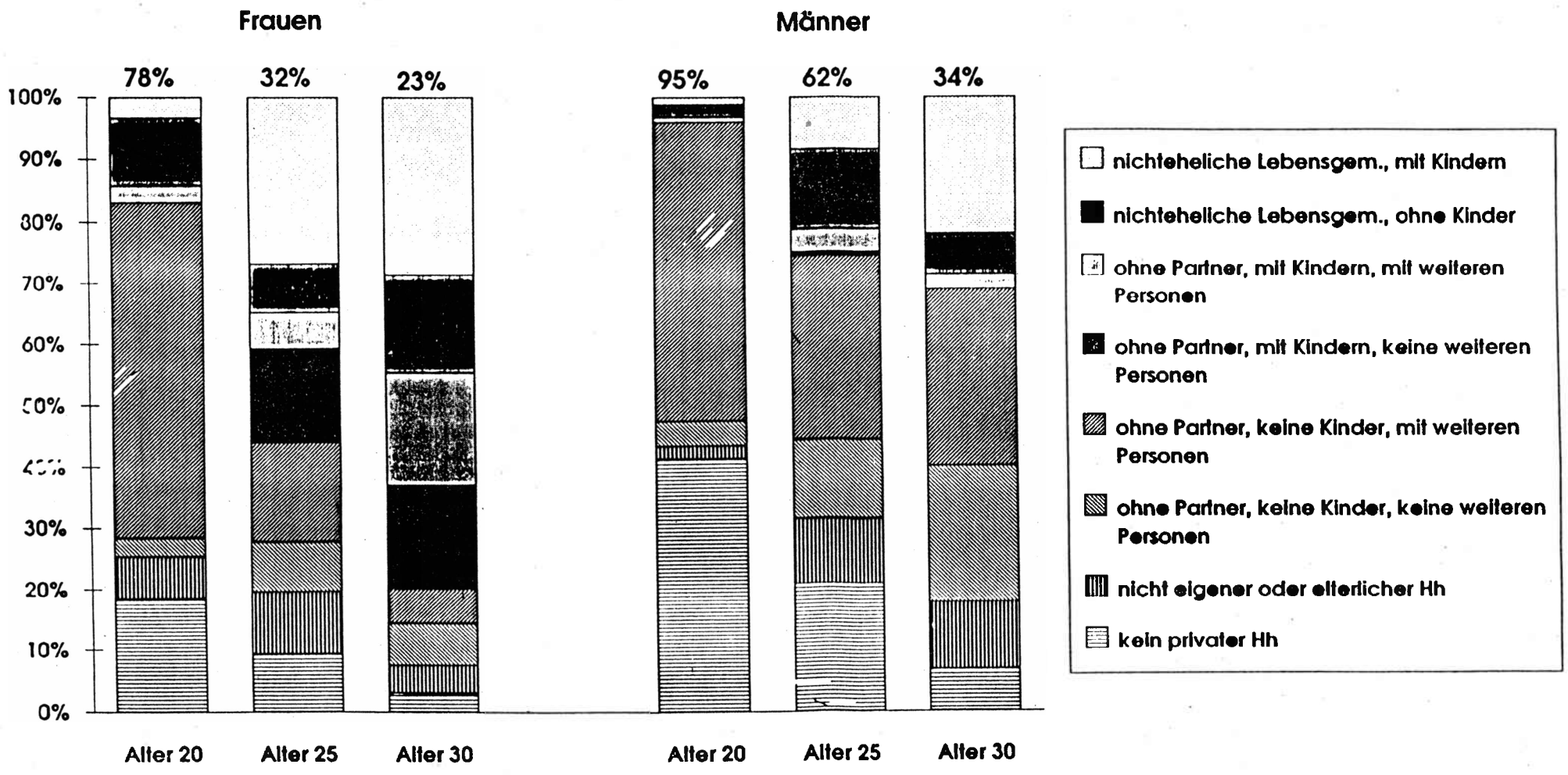


Abbildung 5: Lebensform bei der Geburt des ersten Kindes
Ostdeutsche Frauen der Kohorten 1959-61 und westdeutsche Frauen der Kohorten 1954-56



Quelle: Lebensverlaufsstudie, MPIfB

Abbildung 6: Nichtverheiratete ostdeutsche Frauen und Männer der Kohorten 1959-61 nach der Lebensform und dem Alter
(mit Angabe des Anteils dieser Personen an allen Befragten dieser Kohorten)



Quelle: Lebensverlaufsstudie, MPIfB

Literatur

Autorenkollektiv unter Leitung von Wulfram Speigner. 1987: Kind und Gesellschaft. Eine soziologische Studie über die Geburtenentwicklung in der DDR (Beiträge zur Demographie Nr. 10). Berlin: Akademie-Verlag.

Birg, Herwig, Detlef Filip und Ernst J. Floetmann 1990: Paritätsspezifische Kohortenanalyse des generativen Verhaltens in der Bundesrepublik Deutschland nach dem 2. Weltkrieg. IBS-Materialien, Band 30. Institut für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik, Bielfeld.

Diewald, Martin 1994: Zwischen Rückzug und Engagement: das Leben in den persönlichen Netzwerken. Arbeitsbericht 11 der Projektgruppe "Lebensverläufe und historischer Wandel in der ehemaligen DDR", Max-Planck-Institut für Bildungsforschung. Berlin.

Dorbritz, Jürgen 1992: Nuptialität, Fertilität und familiale Lebensformen in der sozialen Transformation - Übergang zu einer neuen Bevölkerungsweise in Ostdeutschland? Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, 18(2), S. 167-196.

Gysi, Jutta 1990: Die Zukunft von Familie und Ehe, Familienpolitik und Familienforschung in der DDR. In: Burkart, Günter (Hg.), Sozialisation im Sozialismus. Lebensbedingungen in der DDR im Umbruch (1. Beiheft der Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie). Weinheim: Juventa, S. 33-41.

Helwig, Gisela 1984: Jugend und Familie in der DDR. Leitbild und Alltag im Widerspruch. Köln: Wissenschaft und Politik (Edition Deutschland Archiv).

Helwig, Gisela 1987: Frau und Familie. Bundesrepublik Deutschland - DDR. Köln: Wissenschaft und Politik, 2. Auflage.

Huinink, Johannes. 1992: "Lebensverläufe und historischer Wandel in der ehemaligen DDR," in: Meyer, Hansgünter (Hrsg.), Soziologen-Tag Leipzig 1991. Soziologie in Deutschland und die Transformation großer gesellschaftlicher Systeme. Berlin: Akademie, S. 233-244.

Huinink, Johannes 1993: Warum noch Familie? Zur Attraktivität von Partnerschaft und Elternschaft in unserer Gesellschaft. Habilitationsschrift, Freie Universität Berlin.

Huinink, Johannes 1995: "Familienentwicklung und Haushaltsgründung in der DDR: Vom traditionellen Muster zur instrumentellen Lebensplanung?" in: Nauck, Bernhard, Norbert Schneider und Angelika Tölke (Hrsg.), Familie und Lebensverlauf im gesellschaftlichen Umbruch. Stuttgart: Enke, S. 39-55.

Keiser, Sarina 1992: Zusammenfassende Darstellung zentraler Ergebnisse des Familiensurveys-Ost. In: Bertram, Hans (Hg.), Die Familie in den neuen Bundesländern. Stabilität und Wandel in der gesellschaftlichen Umbruchsituation. Opladen: Leske + Budrich, S. 19-38.

Lesthaege, Ron 1993: "Der zweite demographische Übergang in den westlichen Ländern: Eine Deutung," in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, 18, S. 313-354.

Mayer, Karl U. 1990: Lebensverläufe und sozialer Wandel. Anmerkungen zu einem Forschungsprogramm," in: Mayer, Karl U. (Hrsg.), Lebensverläufe und sozialer Wandel, Sonderheft 30/1990 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Mayer, Karl U. 1991: "Lebensverlauf und Bildung. Ergebnisse aus dem Forschungsprojekt 'Lebensverläufe und gesellschaftlicher Wandel' des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung," in: Unterrichtswissenschaft, 19, S. 313-332.

Münz, Rainer und Ralf Ulrich 1994: "Demographische Entwicklung in Ostdeutschland und in ausgewählten Regionen. Analyse und Prognose bis 2010," in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, 19, S.475-515.

Neubauer, E. 1988: Alleinerziehende Mütter und Väter - Eine analyse der Gesamtsituation. Schriftenreihe des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, Band 219. Stuttgart: Kohlhammer.

Oppenheimer, Valerie K. 1988: "A Theory of Marriage Timing," in: American Journal of Sociology, 94, S. 563-591.

Schneider, Norbert. 1994: Familie und private Lebensführung in West- und Ostdeutschland. Eine vergleichende Analyse des Familienlebens 1970-1992. Stuttgart: Enke.

Schreier, Kerstin 1986: "Einstellungen und Realverhalten im partnerschaftlichen und familiären Lebensbereich von Hochschulstudenten und -absolventen," in: Informationen des Wissenschaftlichen Rates "Die Frau in der sozialistischen Gesellschaft", Heft 4, Berlin.

Schwarz, Karl 1988: Familienpolitik und demographische Entwicklung in den Bundesländern seite dem Zweiten Weltkrieg. Materialien zur Bevölkerungsforschung, Heft 57, Band 2. Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Wiesbaden.

Speigner, Wolfgang 1990: Zur Fruchtbarkeit der Geburtskohorten 1030-1960 in der DDR, insbesondere im Vergleich zum generativen Verhalten dieser Jahrgänge in der Bundesrepublik Deutschland. Manuskript. berlin.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) 1994: Datenreport 1994. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Bonn.

Trappe, Heike 1994: Selbstständigkeit-Pragmatisimus-Unterordnung. Frauen in der DDR zwischen beruf, Familie und staatlicher Sozialpolitik. Dissertation. Berlin: Frei Universität.

Vaskovics, Laszlo A., Manfred Garhammer, Norbert F. Schneider und Otmar Kabat vel Job. 1994: Familien- und Haushaltsstrukturen in der ehemaligen DDR und in der Bundesrepublik Deutschland von 1980 bis 1989 - ein Vergleich. (Materialien zu Bevölkerungswissenschaft, Sonderheft 24). Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Wiesbaden.

Weick, Stefan 1994: "Anteil der Singlehaushalte in den alten Bundesländern deutlich höher als in den neuen Bundesländern," in: Informationsdienst soziale Indikatoren, 11, S. 7-12.

Wendt, Hartmut 1993: Familienbildung und Familienpolitik in der ehemaligen DDR (Materialien zur Bevölkerungswissenschaft, Sonderheft 22). Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Wiesbaden.

Zapf, Wolfgang und Steffen Mau 1993: Eine demographische Revolution in Ostdeutschland? Informationsdienst Soziale Indikatoren, 10, S. 1-5.

Bisherige Veröffentlichungen des Projekts

Huinink, J.: Lebensverläufe und historischer Wandel in der ehemaligen DDR. In: Soziologen-Tag Leipzig 1991. Soziologie in Deutschland und die Transformation großer gesellschaftlicher Systeme, Hrsg. H. Meyer. Akademie Verlag Berlin 1992, 233-244.

Huinink, J. und K.U. Mayer: Lebensverläufe im Wandel der DDR-Gesellshaft. In: Der Zusammenbruch der DDR, Hrsg. H. Joas, M. Kohli. Suhrkamp, Frankfurt 1993, 151-171.

Mayer, K.U.: Soziale Ungleichheit und Lebensverläufe. Notizen zur Inkorporation der DDR in die Bundesrepublik und ihre Folgen. In: Experiment Vereinigung. Ein sozialer Großversuch, Hrsg. B. Giesen, C. Leggewie. Rotbuch, Berlin 1991, 87-99.

Mayer, K.U.: Die soziale Ordnung der DDR und einige Folgen für die Inkorporation in die BRD. In: Heft 11, BISS public, 1993, 39-55.

Mayer, K.U.: Wiedervereinigung, soziale Kontrolle und Generationen. Elemente einer Transformationstheorie. In: Gesellschaft, Stadt und Lebensverläufe im Umbruch. Kurseinheit 1, Hrsg. Fernuniversität (Gesamthochschule), Hagen, 37-54.

Trappe, H.: Erwerbsverläufe von Frauen und Männern in verschiedenen historischen Phasen der DDR-Entwicklung. In: Familie und Erwerbstätigkeit im Umbruch. Referate der Herbsttagung 1991 des Arbeitskreises "Bevölkerungsökonomie" der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft, Hrsg. N. Ott, G. Wagner. Duncker & Humblot, Berlin 1992, 172-208.

Projektgruppe Lebensverläufe und historischer Wandel in der ehemaligen DDR: Annäherung an die soziale Wirklichkeit der DDR. Erste Ergebnisse. Arbeitsbericht 1, Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin 1993.

Mayer, K.U. und H. Solga: DDR-adäquate Schemata für die Abbildung der beruflichen Stellung, der beruflichen Tätigkeiten und Ausbildungen. Arbeitsbericht 2, Projektgruppe Lebensverläufe und historischer Wandel in der ehemaligen DDR, Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin 1993.

Mayer, K.U. und H. Solga: Mobilität und Legitimität. Zum Vergleich der Chancenstrukturen in der alten BRD oder: Haben Mobilitätschancen zu Stabilität und Zusammenbruch der DDR beigetragen? Arbeitsbericht 3, Projektgruppe Lebensverläufe und historischer Wandel in der ehemaligen DDR, Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin 1993.

Diewald, M.: Informelle Beziehungen und Hilfeleistungen in der DDR: Persönliche Bindung und instrumentelle Nützlichkeit, Arbeitsbericht 4, Projektgruppe Lebensverläufe und historischer Wandel in der ehemaligen DDR, Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin 1993.

Huinink, J.: Familienentwicklung und Haushaltsgründung in der DDR: Vom traditionellen Muster zur instrumentellen Lebensplanung?, Arbeitsbericht 5, Projektgruppe Lebensverläufe und historischer Wandel in der ehemaligen DDR, Max-Planck-Institut - für Bildungsforschung, Berlin 1993.

Sørensen, A. und H. Trappe: Life Course Convergence and Gender Inequality in the German Democratic Republic, Arbeitsbericht 6, Projektgruppe Lebensverläufe und historischer Wandel in der ehemaligen DDR, Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin 1994.

Huinink, J. und H. Solga: From Mobility in Status and Occupation to Simple Job Shifts? Occupational Career Mobility of Men in the Former GRD, Arbeitsbericht 7, Projektgruppe Lebensverläufe und historischer Wandel in der ehemaligen DDR, Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin 1994.

Trappe, H.: Handlungsstrategien von Frauen unterschiedlicher Generationen zur Verbindung von Familie und Beruf und deren Beeinflussung durch sozialpolitische Rahmenbedingungen, Arbeitsbericht 8, Projektgruppe Lebensverläufe und historischer Wandel in der ehemaligen DDR, Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin 1994.

Diewald, M. und J. Huinink: Lebenslauf und Wendeereignisse. Die soziale Prägung von Fatalismus, Optimismus sowie sozialpolitischen Einstellungen und Bewertungen, Arbeitsbericht 9, Projektgruppe Lebensverläufe und historischer Wandel in der ehemaligen DDR, Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin 1994.

Solga, H.: "Systemloyalität" als Bedingung sozialer Mobilität im Staatssozialismus, am Beispiel der DDR, Arbeitsbericht 10, Projektgruppe Lebensverläufe und historischer Wandel in der ehemaligen DDR, Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin 1994.

Diewald, M.: Zwischen Rückzug und Engagement: das Leben in persönlichen Netzwerken, Arbeitsbericht 11, Projektgruppe Lebensverläufe und historischer Wandel in der ehemaligen DDR, Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin 1994.

Huinink, J.: Sozialpolitik und individuelles Handeln. Zu beabsichtigten und unbeabsichtigten Folgen politischer Intervention am Beispiel der DDR, Arbeitsbericht 12, Projektgruppe Lebensverläufe und historischer Wandel in der ehemaligen DDR, Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin 1994.

Diewald, M. und A. Sørensen: Entwertung und Umwertung von Laufbahnkapital? Erwerbsverläufe und soziale Mobilität von Frauen und Männern in Ostdeutschland, Arbeitsbericht 13, Projektgruppe Lebensverläufe und historischer Wandel in der ehemaligen DDR, Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin 1994.

Diewald, M. und H. Solga: Ordnung im Umbruch? Strukturwandel und deutsch-deutsche Tradition bei der Kanalisierung beruflicher Mobilität im Transformationsprozeß, Arbeitsbericht 14, Projektgruppe Lebensverläufe und historischer Wandel in der ehemaligen DDR, Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin 1994.

Huinink, J., M. Diewald und J. Heckhausen: Zum Zusammenhang zwischen Kontrollüberzeugungen und Kontrollstrategien ostdeutscher Erwachsener mit deren Lebensverläufen und Wendeerfahrungen, Arbeitsbericht 15, Projektgruppe Lebensverläufe und historischer Wandel in der ehemaligen DDR, Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin 1994.

Künster, R.: Die grafische Darstellung von Gruppenverlaufsmustern auf Basis mittlerer Statusquoten. Prinzip und programmtechnische Umsetzung, Arbeitsbericht 16, Projektgruppe Lebensverläufe und historischer Wandel in der ehemaligen DDR, Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin 1994.